

0071

Freitag, 14. Januar 1938.

Probeweise Entsendung
von Militärattachés.

Finanz- und Zolldepartement. Antrag vom 10. Januar 1938.

Der Bundesratsbeschluss vom 13. Dezember 1937, worin grundsätzlich die Entsendung von Militärattachés in die Gesandtschaften von Berlin, Paris und Rom vorgesehen ist, wurde anlässlich der Beratung des Voranschlages im Nationalrate von dieser Behörde als mit dem Budgetrechte der Räte nicht im Einklang stehend bemängelt. Gestützt auf die Erklärungen der Vorsteher des politischen Departementes und des Militärdepartementes hat der Nationalrat beschlossen:

"Der Rat erwartet die Vorlage eines Nachtragskreditbegehrens für die eventuelle Schaffung von Militärattachés."

Das Finanz- und Zolldepartement beantragt daher im Einverständnis mit dem Militärdepartement und dem politischen Departement und

der Rat beschliesst,

die Finanzkommissionen des Nationalrates und des Ständerates über die probeweise Einführung von Militärattachés im Sinne des vorgelegten Entwurfes eines Berichtes zu unterrichten. (Siehe Beilage).

An die Finanzkommissionen.

Protokollauszug ans politische Departement, ans Militärdepartement und ans Finanz- und Zolldepartement.

Für getreuen Auszug,

Der Protokollführer:

G. V. Gouet



Bern, den 14. Januar 1938.

an die
Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte.

- - -

Probeweise Einführung
von Militär-Attachés.

Herren Präsidenten!
Sehr geehrte Herren!

Im Verlaufe der Dezembersession 1937 ist in der Presse die Absicht des Bundesrates bekannt geworden, bei den schweizerischen Gesandtschaften in Berlin, Paris und Rom Militär-Attachés einzuführen. Da in diesem Zeitpunkte ein Kreditbegehren nicht vorlag, hat der Nationalrat im Anschlusse an die Beratung des Voranschlages beschlossen:

"Der Rat erwartet die Vorlage eines Nachtragskreditbegehrens für die eventuelle Schaffung von Militär-Attachés."

Wir haben die Ehre, Sie über die Angelegenheit wie folgt zu unterrichten.

1. Die sachliche Begründung der Entsendung von Militär-Attachés.

Nach Schluss des Weltkrieges machte sich beim Generalstabe in verstärktem Masse das Bedürfnis geltend, über die Reorganisation der ausländischen Heere auf Grund der Kriegserfahrung vermehrte und zuverlässige Nachrichten zu erhalten. Als Ergebnis von Besprechungen zwischen dem eidgenössischen politischen Departement und dem eidgenössischen Militärdepartement im Sommer 1921 ist unsern Gesandtschaften von der Nachrichtensektion der Generalstabsabteilung eine Erläuterung über die Belange des Nachrichtendienstes zugegangen. Dieser "Guide" sollte bestimmten Gesandtschafts-Attachés die Möglichkeit geben, die wissenswerten Neuigkeiten zu sammeln und der Generalstabsabteilung zu übermitteln.

Mit einigen wenigen Ausnahmen und trotz allem guten Willen des Gesandtschaftspersonals spielte dieser Nachrichtendienst nach kurzem

2.

erfolgreichem Anfang mit den Jahren nur sehr unvollständig. Die meisten Gesandtschaften beschränkten sich auf die Uebermittlung von Notizen der Tages- und Fachpresse, der Militärbudgets, soweit diese gedruckt erhältlich waren, und von Protokollauszügen von Parlamentsdebatten über Heeresfragen. Einzelne Auslandsvertretungen erklärten sich bereit, auf ausdrückliche und ganz bestimmte Anfragen über Spezialgebiete, nach Möglichkeit der Generalstabsabteilung die gewünschten Nachrichten zukommen zu lassen.

Zur Zeit des Abrüstungswillens vieler Mächte, der Erstarkung des Völkerbundes und der verhältnismässig ruhigen Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa konnte dieser improvisierte Nachrichtendienst trotz seiner Unzulänglichkeit noch verantwortet werden.

Mit dem steten Schwinden der Hoffnung auf einen Dauerfrieden, dem Aufrüsten in allen, besonders aber den Heeren unserer Nachbarstaaten und dem Aufflackern von Kriegsherden in aller Welt, zeigt sich erneut die schwere Verantwortung, die auf der Generalstabsabteilung lastet; sie führte im Jahre 1935 zu einer eingehenden Prüfung der besseren Bedienung mit Nachrichten über die Heere anderer Staaten. Dabei ging das Militärdepartement davon aus, dass nur eine möglichst vollkommene Kenntnis über alle Neuerungen in unsern Nachbar-Armeen die Generalstabsabteilung in die Lage zu versetzen vermag, alles Notwendige vorzukehren, um unser Heer auf der Höhe seiner Aufgabe zu behalten.

Gleichzeitig empfanden auch unsere Gesandten hauptsächlich in den benachbarten Ländern den Mangel eines militärischen Sachverständigen. Als zwischen England und Frankreich Besprechungen über gemeinsames Handeln gepflogen wurden, machte unser Gesandter in Paris aufmerksam, dass Belgien und Holland durch ihre Militärattachés stets auf dem Laufenden gehalten seien, während die Schweiz mangels einer geeigneten Persönlichkeit keinerlei Kontakt mit militärischen Stellen habe. Minister Dunant flocht Bemerkungen in seinen Bericht über die veränderten Verhältnisse am Rhein, die in ihrer Eindringlichkeit und Schwere zum Aufsehen mahnten. Unser Gesandtschaftspersonal vermag, ohne den guten Willen in Frage stellen zu wollen, namentlich aus zwei Gründen der Aufgabe eines militärischen Sachverständigen nicht gerecht zu werden. Vorerst lastet auf unsern Auslandsvertretungen eine Unmenge Arbeit, die ständig durch neu auftauchende Schwierigkeiten in den

3.

zwischenstaatlichen Beziehungen noch wächst. In guten Treuen kann daher den Gesandtschaften beim bisherigen Personalbestande nicht eine neue, zeitraubende Tätigkeit aufgebürdet werden, die Gründlichkeit und peinliche Gewissenhaftigkeit vor allen andern Eigenschaften verlangt und eine volle uneingeschränkte Arbeitskraft für sich allein beansprucht.

Im weitern ist zu bedenken, dass unsere Diplomaten wohl öfters Offiziere sind, mit Rücksicht auf die stete Landesabwesenheit aber sehr selten zur Weiterausbildung vorgesehen werden, da die Kosten hiefür in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Armee ständen. Ein Blick in den Offiziers-Etat zeigt, dass Stabsoffiziere unter den Diplomaten eine seltene Ausnahme bilden. Es wäre aber verhängnisvoll, den militärischen Nachrichtendienst Leuten zu überbinden, die den engen Kontakt mit den Ausbildungszielen der eigenen Armee verloren haben und daher gar nicht in der Lage sind, festzustellen, welche neuen Tatsachen und Errungenschaften für die Generalstabsabteilung wissenswert sind und sich zur Uebermittlung eignen.

Hauptsächlich auf Grund dieser zwei Argumente, Arbeitsüberlastung und mangelnde Kenntnisse, ist die Möglichkeit des Ausbaues der bisherigen Organisation als unzweckmässig verworfen worden.

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage Gottret am 29. Dezember 1937 hat sich der Bundesrat auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob den zeitweise abkommandierten Offizieren nicht die Funktionen der Militärattachés übertragen werden könnten. Wir gelangten auch da zu einer Ablehnung, wobei wir im Rahmen des vorliegenden Berichtes nur noch betonen möchten, dass es sich bei der Entsendung dieser Offiziere um Ausbildungszwecke handelt zur Erweiterung der militärischen Kenntnisse, und dass diese Abkommandierungen zu andern Armeen ihrem Zwecke nicht entfremdet werden dürfen.

Nachdem somit die Generalstabsabteilung selbst, unsere Gesandten und das politische Departement die Frage der Militärattachés aufwarfen, fand in der Landesverteidigungskommission am 18. Dezember 1935 eine erste Aussprache statt.

Der Chef der Generalstabsabteilung übergab in der Folge dem eidgenössischen Militärdepartement zu Beginn des Jahres 1936 einen ausführlichen Bericht über die Frage der Gewinnung von Nachrichten über die Entwicklung der ausländischen Heere mit dem Antrage, die Möglich-

keit der Entsendung von Militärattachés mit dem politischen Departemente zu besprechen. Von allem Anfang an bestand die Absicht, Militärattachés nur in beschränkter Zahl und nur zu direkten Nachbarstaaten zu senden. Im gleichen Zeitpunkte orientierte der Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartementes den Bundesrat mündlich über die bisher gepflogenen Besprechungen und die geplanten Massnahmen.

Während des Jahres 1936 sodann fand zwischen der Abteilung für Auswärtiges des eidgenössischen politischen Departementes und der Generalstabsabteilung ein reger Meinungsaustausch statt, während dessen die Notwendigkeit der Abordnung von militärischen Sachverständigen von unseren Gesandtschaften in mehreren Zuschriften immer dringlicher geltend gemacht wurde.

Im August 1937 unterbreitete die Generalstabsabteilung dem Militärdepartement bestimmte Vorschläge auf Entsendung von 3 Instruktionsoffizieren als Militärattachés nach Berlin, Paris und Rom auf die Dauer von 3 - 4 Jahren, nachdem auch die Landesverteidigungskommission noch mehrmals die Gelegenheit wahrgenommen hatte, sich zu der Frage ebenfalls zu äussern.

Bei Anlass der Jahreskonferenz unserer Vertreter im Auslande war aus der Mitte der Gesandten selbst die Frage der Zuteilung von Militärattachés als Bestandteil der Aussprache im Herbst 1937 bezeichnet worden. In einem Referate legte Minister Dr. Ruegger alle Gründe dar, die nach einer raschen Einführung dieser dringenden Massnahme verlangten. Dieser neue Vorstoss ging somit gerade von den Stellen aus, die neben der Generalstabsabteilung die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit der ganzen Angelegenheit am besten überblicken können. Der Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartementes benützte die Gelegenheit, um seinerseits die Gesandten über den Stand der Vorarbeiten zu unterrichten. Es ist selbstverständlich, dass alle diese Besprechungen in engster Fühlungnahme mit dem eidgenössischen politischen Departemente gepflogen wurden.

Das eidgenössische Militärdepartement erteilte der Generalstabsabteilung am 4. September 1937 den Auftrag, in Verbindung mit den zuständigen Waffenchefs Vorschläge bezüglich der zu entsendenden Offiziere zu unterbreiten, die Frage der Zuerkennung einer besonderen Entschädigung zu prüfen und endlich die Stellung des Militärattachés zur Gesandtschaft, zum politischen Departemente und zum Militärdepartemente abzuklären.

Das Ergebnis dieser Bearbeitung bildete eine "Instruktion über Stellung und Tätigkeit der schweizerischen Militärattachés", die in verschiedenen Abschnitten alle Fragen einlässlich regelt.

Um über Zusammensetzung, Bewaffnung, Ausbildung und Kampfweise der Armee des Gastlandes Auskunft geben zu können, muss der Militärattaché über alle diplomatischen Privilegien verfügen können, insbesondere aber bei militärischen Kommando- und Amtsstellen als offizieller Vertreter der schweizerischen Armee eingeführt sein. Nur auf diesem Wege und unter der Voraussetzung eines längeren Aufenthaltes wird es ihm möglich sein, im Rahmen loyaler und korrekter Beziehungen die an ihn gestellten Anforderungen zu erfüllen. Die klare Scheidung des Wissenswerten vom Nebensächlichen, die Zusammenstellung aller Ergebnisse, die der Auftraggeberin - der Generalstabsabteilung - ein abgerundetes und vollständiges Bild zu vermitteln hat, kann nur von einem Berufsoffizier mit entsprechender Eignung und Fähigkeit verlangt werden.

Soll dem Militärattaché zur Erleichterung seiner Aufgabe ausserdem die Achtung der höheren militärischen Stellen des Gastlandes entgegengebracht werden, so verlangt dies von ihm die Bekleidung eines höheren Grades in der schweizerischen Armee. Damit ist der Rekrutierungskreis der Militärattachés schon recht eng gezogen worden und es wird nicht leicht, aus dieser eher kleinen Auswahl die geeignetsten Leute auszuziehen. Gleichzeitig übermittelte die Generalstabsabteilung eine Liste von Instruktions-Offizieren, die als Militärattachés in Frage kommen könnten, und beantragte ausserdem, die Militärattachés in Bezug auf Auslandszulagen den Legationsräten gleichzustellen.

Abschliessend unterbreitete die Generalstabsabteilung dem Militärdepartement unterm 15. November 1937 einen Bericht mit Antrag, der als Grundlage diene zum Bundesratsbeschlusse vom 13. Dezember 1937:

- "1. Das eidgenössische Militärdepartement wird ermächtigt, die Entsendung von Militärattachés zu den schweizerischen Gesandtschaften von Berlin, Paris und Rom vorzusehen.
2. Die Auswahl der geeigneten Offiziere, die Frage ihrer Entschädigung, der Zeitpunkt des Dienstantrittes und die Regelung ihrer Stellung zum übrigen Gesandtschaftspersonal werden vom eidgenössischen Militärdepartement im Benehmen mit dem politischen Departement und dem Finanz- und Zolldepartement getroffen werden."

2. Die vom Bundesrate vorgesehene Lösung und ihre finanzielle Tragweite.

Der Bundesrat beabsichtigt, wie die Vorsteher des politischen und des Militärdepartementes im Schosse des Nationalrates bereits auszuführen Gelegenheit hatten, im Sinne einer vorläufigen Massnahme den Gesandtschaften in Berlin, Paris und Rom je einen Instruktionsoffizier als Militärattachés zuzuweisen.

Die Militärattachés werden für einmal ihre ordentliche Besoldung als Instruktionsoffiziere weiter beziehen und ihre Reiseauslagen nach den Vorschriften der Instruktionenordnung verrechnen. Der Militärattaché steht, sofern er den Grad eines Obersten bekleidet, unmittelbar unter dem Minister, in allen andern Fällen ist er dem ersten diplomatischen Mitarbeiter des Gesandten nachgeordnet. Er bleibt als abkommandierter Instruktionsoffizier der Generalstabsabteilung unterstellt. Die Zulagen erreichen für die Städte Berlin, Paris und Rom je 8,000 bis 10,000 Franken. Die neu zu bewilligenden Kreditmittel werden somit insgesamt 30,000 Franken jährlich nicht übersteigen.

Der Bundesrat wird der Bundesversammlung im Rahmen der Botschaft über die Nachtragskreditbegehren 1938, 1. Reihe, die üblicherweise in der Junisession zur Beratung stehen wird, das Begehren um Bewilligung eines Nachtragskredites von voraussichtlich 30,000 Franken stellen. Die Kreditbewilligung des Parlamentes vorausgesetzt, ist es Sache des Bundesrates, die Anordnungen zur Ausstattung der genannten Gesandtschaften mit Militärattachés zu treffen.

Der Bundesrat hält nun allerdings dafür, dass die vorgesehene Neuerung dringlich ist und im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorgänge im Auslande mit der Entsendung der Militärattachés nicht noch ein weiteres halbes Jahr zugewartet werden dürfe. Er beabsichtigt daher in eigener Kompetenz einen Vorschusskredit von 15,000 Franken zu bewilligen und die Militärattachés ohne weiteren Verzug zu bestellen, in der Meinung, dass die vorschussweise Kreditgewährung anlässlich der Bewilligung des genannten Nachtragskredites durch die Bundesversammlung gedeckt werde. Wir möchten diesen Vorschusskredit jedoch nicht zur Verfügung stellen, ohne die Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte heute schon auf die Sachlage aufmerksam zu machen.

Die vom Bundesrate vorgesehene Lösung ist vorläufiger Natur. Das Provisorium soll bewusst dadurch unterstrichen werden, dass davon ab-

7.

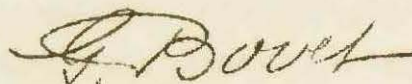
gesehen wird, Aemter von Militärattachés ausdrücklich neu zu schaffen. Für einmal genügt und dürfte am zweckmässigsten sein, als Militärattachés Instruktionsoffiziere abzukommandieren.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wären wir Ihnen besonders verpflichtet, wenn Sie uns bald mitteilen wollten, ob Ihnen die vom Bundesrate vorgesehene vorläufige Ordnung und ihre Finanzierung zu Bemerkungen Anlass gibt.

Genehmigen Sie, Herren Präsidenten, sehr geehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Auftrage des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundeskanzler :



Berne, le 14 janvier 1938.

aux commissions des finances des chambres fédérales.

- - - -

Institution, à titre d'essai,
d'attachés militaires.

- - - -

Messieurs les Présidents et Messieurs,

Au cours de la session de décembre de l'Assemblée fédérale, le public apprit par la presse que le Conseil fédéral se proposait d'instituer des attachés militaires auprès des légations suisses à Berlin, Paris et Rome. Comme une demande de crédit n'avait pas encore été déposée, le Conseil national prit, au cours de la discussion du budget, la décision suivante:

"Le Conseil attend qu'une demande de crédit supplémentaire soit présentée en vue de la création éventuelle de postes d'attachés militaires."

Nous avons l'honneur de vous exposer ce qui suit au sujet de cette affaire:

1. Les raisons justifiant l'institution d'attachés militaires.

Après la guerre mondiale, l'état-major général estima qu'il devait être renseigné exactement et plus largement que par le passé sur la réorganisation des armées étrangères, consécutive aux expériences de la guerre.

Au cours de l'été 1921, des pourparlers eurent lieu à ce sujet entre le département politique et le département militaire. Il fut décidé que la section des renseignements de l'état-major général remettrait à nos légations un aperçu des questions sur lesquelles elle désirait obtenir des informations.

Abstraction faite de quelques exceptions et en dépit de la bonne volonté du personnel des légations, ce service d'information, qui, au début, avait donné de bons résultats, ne fonctionna, à la longue,

que très imparfaitement. La plupart des légations se bornèrent à transmettre des coupures de journaux quotidiens ou de revues techniques, le budget militaire (dans la mesure où l'on pouvait se le procurer imprimé) et des extraits du procès-verbal de débats parlementaires relatifs à l'armée. Quelques légations se déclarèrent disposées à fournir dans la mesure du possible, sur demande expresse, les informations que l'état-major général pourrait désirer sur des questions spéciales et déterminées.

Malgré ses imperfections, ce service d'information improvisé pouvait encore être toléré lorsque de nombreux Etats manifestaient leur volonté de désarmer, alors que la Société des Nations s'affermissait et que les relations entre les nations européennes se déroulaient dans un calme relatif.

La lourde responsabilité qui incombe à l'état-major général se manifeste de nouveau à la lumière du réarmement en cours dans tous les Etats, notamment chez nos voisins, des foyers de guerre qui s'allument dans le monde entier et de l'effondrement des espoirs d'une paix durable. C'est pourquoi, en 1935 déjà, l'on examina comment il serait possible d'être mieux renseigné sur les armées étrangères. Ce faisant, le département militaire était convaincu que seules des informations aussi complètes que possible sur les innovations de nos Etats voisins permettraient à l'état-major général de pourvoir au nécessaire, afin de maintenir notre armée à la hauteur de sa tâche.

L'absence d'attachés militaires fut aussi considérée comme une lacune par nos ministres, tout spécialement ceux qui sont accrédités auprès des Etats voisins. Lorsque des pourparlers eurent lieu entre la France et l'Angleterre au sujet d'une action commune, notre ministre à Paris attira notre attention sur le fait que la Belgique et la Hollande avaient toujours été tenues au courant des événements par l'entremise de leurs attachés militaires, alors que la Suisse, faute de personne qualifiée à cet effet, n'avait pas de contact avec les cercles militaires. Le rapport de M. Dunant renferme des remarques sur le changement de la situation sur le Rhin. Ces remarques, par leur importance et leur gravité, nous incitent à être vigilants. Malgré sa bonne volonté, le personnel des légations n'est pas à même de remplir la tâche assignée à un expert militaire. Cela, notamment, pour deux raisons. Premièrement, nos représentations diplomatiques ont déjà un

3.

labeur considérable à accomplir, labeur qui ne cesse de s'accroître en raison des difficultés toujours accrues auxquelles se heurtent les relations internationales. On ne peut raisonnablement pas imposer aux légations, sans augmenter leurs effectifs, une nouvelle tâche dont l'accomplissement exige une force de travail entière d'une conscience scrupuleuse et capable d'étudier à fond les questions de nature à intéresser notre service d'état-major général.

Secondement, il y a lieu de relever que nos diplomates, bien que pour la plupart officiers, sont rarement appelés à poursuivre leur instruction militaire, étant toujours absents du pays. Il suffit de jeter un coup d'oeil sur l'état des officiers pour se convaincre que parmi les diplomates les officiers d'état-major sont une exception. Il serait donc périlleux de confier le service d'information militaire à des personnes qui ont perdu l'étroit contact avec les buts de l'instruction de l'armée suisse et qui, en conséquence, ne sont pas en mesure d'apprécier quels sont les faits et innovations qui intéressent notre état-major général.

C'est essentiellement pour ces deux raisons - surcroît de travail et défaut des connaissances indispensables - qu'on a dû renoncer à développer l'organisation actuelle.

Dans la réponse à la question Gottret, le Conseil fédéral, en date du 29 décembre 1937, a aussi examiné si les fonctions d'attachés militaires ne pourraient pas être confiées aux officiers détachés temporairement auprès des armées étrangères. Nous avons considéré que cette solution ne pouvait pas non plus être retenue. Les officiers dont il s'agit sont envoyés à l'étranger en vue du perfectionnement de leurs connaissances militaires. Il importe de ne pas distraire ces détachements du but qui leur est assigné.

La question des attachés militaires ayant été soulevée par l'état-major général, par nos ministres et par le département politique, la commission de défense nationale en discuta une première fois le 18 décembre 1935.

Au début de l'année 1936, le chef de l'état-major général remit au département militaire un rapport détaillé sur la question et proposa d'entrer en pourparlers avec le département politique en vue d'examiner la possibilité de créer des postes d'attachés militaires. Dès le début, il fut entendu que le nombre en serait limité et que des

attachés militaires ne seraient institués que dans des pays limitrophes de la Suisse. A ce moment-là, le chef du département militaire informa verbalement le Conseil fédéral des pourparlers qui avaient eu lieu et des mesures qui étaient envisagées.

Pendant l'année 1936, la question fit l'objet de multiples discussions entre la division des affaires étrangères et le service d'état-major général. La nécessité toujours plus urgente de créer des postes d'attachés militaires fut aussi soulignée par de nombreuses lettres de nos légations.

En août 1937, l'état-major général soumit des propositions au département militaire. Ces propositions tendaient à l'envoi, pour une durée de 3 à 4 ans, de trois officiers instructeurs en qualité d'attachés militaires à Berlin, Paris et Rome. Entre temps, la commission de défense nationale avait aussi eu l'occasion de se prononcer à plusieurs reprises sur la question.

L'attribution d'attachés militaires à nos légations fut aussi discutée à la conférence annuelle des ministres de l'automne 1937. Notre ministre à Rome, le Dr Ruegger, exposa pourquoi il était indispensable de prendre cette mesure dans le plus bref délai possible. Cette nouvelle offensive émanait donc des milieux qui, à côté du service de l'état-major général, sont le mieux à même d'apprécier l'opportunité et la nécessité des mesures envisagées. Le chef du département militaire informa les ministres de l'état des travaux préparatoires. Il va de soi que tous ces pourparlers eurent lieu en étroit contact avec le département politique.

En date du 4 septembre 1937, le département militaire donna mandat au service d'état-major général de lui soumettre, d'entente avec les chefs d'arme compétents, des propositions quant aux officiers susceptibles d'être nommés attachés militaires, d'examiner l'octroi d'une allocation spéciale et, enfin, d'élucider la situation des attachés militaires dans leurs rapports avec les légations, le département politique et le département militaire.

Le résultat de ces études est condensé dans une "Instruction sur la situation et l'activité des attachés militaires suisses".

Afin de pouvoir donner des informations sur la composition, l'armement, l'instruction et les méthodes de combat de l'armée du pays auprès duquel il est accrédité, l'attaché militaire doit bénéficier de tous les privilèges diplomatiques et, notamment, être

introduit auprès des commandants et officiers militaires en qualité de représentant officiel de l'armée suisse. C'est par cette voie seulement et après un long séjour que l'attaché militaire sera en mesure d'accomplir toute sa tâche tout en entretenant des relations loyales et correctes. Seul un officier de carrière possédant l'aptitude et les capacités nécessaires peut séparer nettement ce qui mérite d'être relevé de ce qui est d'importance secondaire et donner un aperçu de tous les résultats qui fournisse une image complète au service de l'état-major général.

L'exécution de cette tâche sera facilitée en outre si l'attaché militaire jouit de la considération des cercles militaires supérieurs. Les attachés devront donc être recrutés parmi les officiers de l'armée suisse d'un grade supérieur. Le cercle de recrutement est, en conséquence, bien restreint, et il ne sera pas facile de choisir les hommes les plus qualifiés. Le service d'état-major a remis au département militaire une liste d'officiers instructeurs susceptibles d'être nommés attachés militaires, en proposant de les mettre au bénéfice de l'allocation de résidence qui est versée aux conseillers de légation.

En date du 15 novembre 1937, le service d'état-major général soumit au département militaire un rapport final et des propositions, qui servirent de base à l'arrêté du Conseil fédéral du 13 décembre 1937, ainsi conçu:

1. Le département militaire fédéral est autorisé à envoyer des attachés militaires auprès des légations suisses à Berlin, Paris et Rome.

2. Le choix des officiers qualifiés à cet effet, la fixation de l'allocation de résidence et de la date d'entrée en fonction, ainsi que la réglementation de la situation des attachés militaires dans le cadre du personnel de la légation, incombent au département militaire, d'entente avec le département politique et le département des finances et des douanes.

2. La solution envisagée par le Conseil fédéral et sa portée financière.

Ainsi que les chefs des départements politique et militaire ont déjà eu l'occasion de l'exposer au Conseil national, le Conseil fédéral a l'intention d'attribuer, à titre d'essai, un attaché militaire à chacune de nos légations de Berlin, Paris et Rome.

Les attachés militaires toucheront leur traitement légal d'officier instructeur. Les frais de voyage leur seront remboursés

conformément au règlement des instructeurs. L'attaché militaire, en tant qu'il a le grade de colonel, prend rang immédiatement après le ministre; dans tous les autres cas, après le premier collaborateur diplomatique du ministre. En sa qualité d'officier instructeur, il relève de l'état-major général. Les allocations payées à Berlin, Paris et Rome varient entre 8 et 10'000 francs. Les crédits supplémentaires à voter ne dépasseront donc pas, au total, la somme de 30'000 francs par année.

Le Conseil fédéral se propose de demander à l'Assemblée fédérale l'ouverture d'un crédit supplémentaire qui sera probablement de 30'000 francs, dans son message concernant le vote des crédits supplémentaires pour 1938 (Ire série). Cet objet figure habituellement à l'ordre du jour de la session de juin. Une fois le crédit voté par le parlement, c'est au Conseil fédéral qu'il incombera de prendre les mesures que commande l'attribution d'attachés militaires aux légations susmentionnées.

A vrai dire, le Conseil fédéral est d'avis que l'innovation envisagée a un caractère urgent et que, eu égard aux événements qui se passent aujourd'hui à l'étranger, l'envoi d'attachés militaires à Berlin, Paris et Rome ne doit pas être encore ajourné pendant une demi-année. En conséquence, le Conseil fédéral a l'intention d'accorder une avance de 15'000 fr. et de nommer les attachés militaires sans plus tarder, dans l'idée que cette avance sera sanctionnée après coup par l'Assemblée fédérale à l'occasion du vote de la première série des crédits supplémentaires. Nous ne voudrions cependant pas accorder cette avance sans renseigner, aujourd'hui déjà, les commissions des finances des Chambres fédérales sur la situation.

La solution envisagée par le Conseil fédéral a un caractère provisoire, que nous soulignons en renonçant à créer des fonctions d'attachés militaires. Pour le moment, il suffit de détacher des officiers instructeurs en qualité d'attachés militaires. Cette manière de faire nous paraît aussi la plus rationnelle.

L'affaire étant urgente, vous nous obligeriez beaucoup en nous faisant bientôt savoir si la solution provisoire envisagée par le Conseil fédéral et la réglementation financière appellent des objections de votre part.

Veuillez agréer, Messieurs les Présidents et Messieurs, l'assurance de notre considération très distinguée.

Par ordre du Conseil fédéral:
Le Chancelier de la Confédération,

G. Bouet